



EMILE DUCKE

FOTO-TABLEAU

Und einmal jährlich kommt der Arzt

4/5

Der Evangelist Lukas ist der Schutzpatron der Ärzte, und «Heiliger Lukas» heisst auch einer der fünf Züge, die Mediziner, Therapeutinnen und das für Untersuchungen nötige Gerät in die sibirischen Dörfer und Provinzstädte bringen. Dass wir uns hier in einem Gotteshaus auf Schienen befinden, realisiert man vielleicht erst beim zweiten Blick auf Emile Duckes Aufnahme: Aber tatsächlich ist im «Heiligen Lukas» ein Waggon zur fahrenden Mini-Kathedrale ausgebaut worden. Allerdings ist sie nicht dem Apostel geweiht, sondern dem 1961 verstorbenen Arzt und russisch-orthodoxen Erzbischof Walentin Felixowitsch Woino-Jassenezki. Wegen seiner Glaubensstreue war er unter dem kommunistischen Regime wiederholt Repressalien ausgesetzt, doch seine medizinischen Verdienste führten zu seiner Rehabilitation; als «Lukas der Bekenner» wurde er sogar zum Heiligen erhoben.

Europäisches Währungssystem

Revitalisierung einer Alternative zum Euro

Gastkommentar
von RENATE OHR

Die EU ist festgefahren und benötigt einen Neustart. Mittlerweile wird es auch den professionellen EU-Akteuren klar, dass das Ziel, eine immer grössere und zugleich «immer engere» Union anzustreben, an seine Grenzen gestossen ist. So stellt EU-Kommissions-Präsident Juncker in dem gerade herausgekommenen Weissbuch zur Zukunft der EU klar, dass eine Reform der EU im Sinne eines Europa der mehreren Geschwindigkeiten mittlerweile eine relevante Option sei. Dabei bezieht er sich auf das schon in den 1990er Jahren entwickelte Konzept eines «Europa der konzentrischen Kreise», d. h. ein eng verbundenes Kern-europa, um das herum sich Länder mit geringerer Integrationsbereitschaft scharen können.

Auch EZB-Präsident Draghi betonte kürzlich, dass ein Austritt aus der Euro-Zone prinzipiell möglich sei. Auch der Euro ist somit – selbst für die bestehenden Euro-Länder – nicht mehr «alternativlos». Zur Rettung des europäischen Integrationsprojektes müssen somit flexiblere Integrationsformen etabliert werden, die sowohl die EU als auch die Euro-Zone atmen lassen.

In Bezug auf die Euro-Zone sollte man dabei eine – mittlerweile oft vergessene – Alternative zum Euro in Betracht ziehen: das Europäische Währungssystem (EWS). Das EWS wurde 1979 als ein System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse zwischen den damaligen EG-Staaten (ausser Grossbritannien) gegründet. Die Zielsetzung war, eine Zone der Währungsstabilität in Europa zu schaffen, ohne kurzfristige Wechselkursvolatilität, aber auch ohne anhaltende reale Falschbewertungen der Wechselkurse. Letztere entstehen, wenn anhaltende Inflationsunterschiede zwischen den Partnerstaaten nicht durch nominale Wechselkurskorrekturen (Aufwertung der preisstabileren Länder, Abwertung in stärker inflationierenden Ländern) ausgeglichen werden. Im EWS wurden daher nominale Leitkurse zwischen den beteiligten Währungen festgelegt, die jedoch bei Bedarf angepasst werden konnten, um längerfristige reale Falschbewertungen und die damit verbundenen Verzerrungen in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu vermeiden.

In den ersten zehn Jahren seines Bestehens erwies sich das EWS als stabil und erfolgreich. Es gab weder Wechselkursvolatilität noch Währungsspekulation. Allerdings wurden im Zeitraum von 1979 bis 1987 aufgrund der divergierenden Inflationsraten elf Wechselkursanpassungen bei den verschiedensten beteiligten Währungen vorge-

nommen, die insgesamt z. B. zu einer Aufwertung der D-Mark gegenüber der Lira um fast 60 Prozent und gegenüber dem Franc um etwa 45 Prozent führten. Die Paritätsänderungen erfolgten jedoch in kleinen Schritten und richtungsmässig gleichbleibend, im Gegensatz zu den starken kurzfristigen Wechselkursfluktuationen gegenüber und zwischen den Währungen ausserhalb des EWS (Dollar oder Pfund). Ab 1987 blieben die Paritäten im EWS jedoch für fünf Jahre unverändert, obwohl nach wie vor unterschiedliche Inflationsraten vorlagen und Länder wie Italien oder Spanien hierdurch Wettbewerbsnachteile und zunehmende Leistungsbilanzdefizite aufwiesen.

Als im Herbst 1992 klar wurde, dass im Zuge der geplanten Währungsunion noch einmal deutliche Wechselkurskorrekturen vorgenommen würden, entstand Spekulation gegen die überbewerteten Währungen, und es kam zur EWS-Krise mit starken Abwertungen und Austritten einiger Länder aus dem Währungssystem. Wären die Wechselkurse jedoch zuvor (wie vorgesehen) regelmässig an die unterschiedlichen Fundamentaldaten angepasst worden, hätte es keinen Grund für solche Attacken gegeben. Für einige der derzeitigen Euro-Länder wäre dieses EWS – regelgerecht praktiziert – günstiger als die Mitgliedschaft in der Euro-Zone. In einem solchen EWS hätten die hohen Leistungsbilanzungleichgewichte, die in der Euro-Zone entstanden waren, durch Paritätsanpassungen der nationalen Währungen vermieden werden können. Länderrisiken wären nicht durch die gemeinsame Währung überdeckt worden. Staatsschuldenkrisen einzelner Länder würden nicht zugleich ein Problem für die gesamte Währungsgemeinschaft, wodurch auch die Durchsetzung des «no bail-out» (Ausschluss der Haftung der EU, der Europäischen Zentralbank sowie aller Partnerländer für Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten) einfacher wäre.

Die vielkritisierten Rettungsprogramme der Partnerländer und der EZB würden daher in einem solchen System ebenfalls nicht benötigt. Das institutionelle Gerüst steht in Form des Wechselkursmechanismus II (EWS II) auch nach wie vor zur Verfügung – derzeit ist allerdings Dänemark das einzige Mitglied dieses Systems. Eine auf ein Kerneuropa reduzierte Euro-Zone und ein revitalisiertes EWS mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen für die peripheren Länder könnten ein wichtiger Schritt für einen Neustart der gesamten EU sein.

Renate Ohr ist Professorin am Departement für Volkswirtschaftslehre der Georg-August-Universität Göttingen.

China auf der falschen Seite der Geschichte

Tibets Wut und Not

Gastkommentar
von KELSANG GYALTSEN

Die Tibeter im Exil begehen den Jahrestag des Volksaufstandes vom 10. März 1959 gegen die chinesische Besetzung. Die Tibetergemeinschaft in der Schweiz wird eine Kundgebung in Bern vor der chinesischen Botschaft abhalten wollen. Aber man wird ihr lediglich eine Demonstration weit ausserhalb der Sicht- und Hörweite der Statthalter Pekings zugestehen. Das ist seit Jahren die gängige Praxis – aus Rücksichtnahme der Schweizer Regierung gegenüber China.

Wie weit diese Rücksichtnahme geht, wurde beim Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping im Januar vorexerziert. Die Medien haben ausführlich über das unverhältnismässig harte Vorgehen der Polizei gegenüber friedlich demonstrierenden Tibetern und das ungebührliche Eingehen des Bundesrats auf die politischen Empfindlichkeiten des KP-Führers berichtet.

Eine Mehrheit der Tibeter hat darauf mit Gelassenheit reagiert. Sie vertrauen darauf, sich auf die Sympathie und die Anteilnahme eines grossen Teils der Schweizer Bevölkerung verlassen zu können. Das ist die Erfahrung, die sie im Alltag mit ihren Mitmenschen machen. Besorgnis aber weckt, dass kaum über die politische Problematik und die Lage der Menschenrechte in Tibet berichtet wurde. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang die allgemeine Geschichtsvergessenheit. Als 1950 die chinesische Armee in Tibet einmarschierte, nannte China dies «die friedliche Befreiung Tibets», wogegen die Tibeter die Vorgänge als das betrachteten, was sie wirklich darstellten: die gewaltsame Okkupation ihrer Heimat.

Heute gilt es zur Kenntnis zu nehmen, dass die internationale Gemeinschaft es in Bezug auf diese Besetzung hinnimmt, dass in Tibet Unrecht zu Gewohnheitsunrecht und Gewohnheitsunrecht zu Gewohnheitsrecht wird. Der Fall Tibet zeigt, dass postfaktische Behauptungen keineswegs nur eine Erscheinung der jüngeren Gegenwart sind. Diese können sich durchsetzen, wenn aus Gleichgültigkeit der Wille zum Widerspruch fehlt.

Infolge der Besetzung sind Hunderttausende von Tibetern ums Leben gekommen. Über 6000 Klöster, die als Bildungszentren, Bibliotheken und Museen dienten, wurden zerstört. Tibets Umwelt ist durch systematischen Raubbau an den Naturschätzen immenser Schaden zugefügt worden. Seit den achtziger Jahren gibt es einen stetigen Zuzug von Chinesen ins Land, mit der Folge, dass nach der militärischen Besetzung eine demografische Unterwerfung Tibets im Gange ist.

Die chinesische Führung sieht in der eigenständigen Kultur, Sprache, Religion, Geschichte und Identität Tibets die Gefahr, dass sich Tibet abspaltet. Es ist daher die Grundausrüstung ihrer Poli-

tik, diese zu untergraben. Der stete Zustrom chinesischer Siedler soll die Tibeter zur Minderheit im eigenen Land machen. Sie sollen politisch, kulturell, gesellschaftlich und wirtschaftlich Bürger zweiter Klasse werden. Hier ist nicht weniger als ein kultureller Genozid im Gang.

Kein Wunder, stösst die chinesische Besetzung Tibets nach wie vor auf entschlossenen tibetischen Widerstand. Im Jahr 2008 kam es im ganzen tibetischen Hochplateau zu heftigen Demonstrationen. Es war bereits die dritte Generation, die, geboren und aufgewachsen unter chinesischer Herrschaft, sich gegen die Okkupation erhob. In einem heroischen Akt von Widerstand haben sich seit 2011 145 Tibeterinnen und Tibeter im Protest gegen die chinesische Unterdrückung selber verbrannt. Offensichtlich sind die tibetischen Proteste – trotz einer tragischen Radikalisierung des Widerstandes – gegen Willkür und Unrecht und nicht gegen chinesische Mitbürger gerichtet.

Die Tibeter im Exil haben unter der Führung Seiner Heiligkeit des Dalai Lama zielstrebig eine umfassende Demokratisierung der Gemeinschaft vorangetrieben. Heute besitzen wir eine demokratisch gewählte politische Führung, die den Auftrag hat, durch Verhandlungen eine echte Autonomie für Tibet im Rahmen der Volksrepublik China zu erreichen. Die chinesische Regierung hat bisher alle diesbezüglichen Vorschläge zurückgewiesen. Ihr Standpunkt ist, dass es kein Tibet-Problem und damit keine Tibet-Frage zu verhandeln gibt.

Mit dieser Haltung stellt sich die chinesische Regierung auf die falsche Seite der Geschichte. Denn in Tibet ist der Widerstandsgeist stärker denn je. Auch in China selber solidarisiert sich heute eine wachsende Anzahl von Intellektuellen mit den Anliegen der Tibeter. Junge Chinesen wenden sich zunehmend dem tibetischen Buddhismus zu, und chinesische Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten engagieren sich für eine friedliche Beilegung des Tibet-Konflikts.

Wenn man die Sache weiterdenkt, könnte die einvernehmliche Lösung des Tibet-Problems der Flügelbeschlag eines Schmetterlings sein, der in ganz China eine neue Ära politischer Reformen einläutet. Die internationale Gemeinschaft hat eine Verpflichtung, eine konstruktive Rolle bei einer friedlichen Lösung dieses Konfliktes zu spielen. Die Schweiz wäre aufgrund ihrer Neutralität und ihrer humanitären Tradition dafür besonders geeignet. Nicht nur gilt es, hier die Werte von Freiheit und Selbstbestimmung zu verteidigen. Es würde auch dem Selbstverständnis der Schweizer als eines kleinen, aber selbstbewussten Bergvolks entsprechen, einem anderen Bergvolk, das sich in Bedrängnis und Not befindet, tatkräftig beizustehen.

Kelsang Gyaltzen stand 30 Jahre im Dienst des Dalai Lama. Er war nach 1999 Sondergesandter in Europa.